

„Steuervergünstigungsabbaugesetz“

Hans Eichel ist kein Grüner

Steuervergünstigungsabbaugesetz. Der Name ist Programm. In den finanztechnokratischen Gehirnen der Schöpfer dieses Begriffsungetüms müssen Steuerparagrafen und Deckungslücken gespuht haben, als sie Eichels „Liste der Grausamkeiten“ zusammenstellten. Geblieben ist von dem Gesetz lediglich eine Korrektur der handwerklichen Mängel der Unternehmenssteuerreform des Jahres 2001.

Die übrigen Hinterlassenschaften des Steuervergünstigungsabbaugesetzes selig bereiten seinen Eltern wenig Freude. Die Wirtschaft litt über Monate unter schwerer Verunsicherung, dem Kanzler vermied der Steuersong des Schröder-Imitators Elmar Brandt nachhaltig die Laune, die Opposition freut sich über eine Steilvorlage und in Hans Eichels Haushalt klafft nach dem Scheitern erst recht eine Lücke von zehn Milliarden Euro.

„Der eigentliche Verlierer ist die Umwelt“

Der eigentliche Verlierer des Deals zwischen Koch und Steinbrück im Vermittlungsausschuss heißt dennoch weder Schröder noch Eichel: es ist die Umwelt. Als Hans Eichel seine Streichliste in die Koalitionsverhandlungen einbrachte, schmiedete er eine strategische Allianz mit den Grünen. Sparzwang und ökologischer Reformeifer trafen sich in der Absicht, die staatliche Unterstützung für die Zerstörung der Umwelt einzudämmen. Und zwar durchaus erfolgreich, bis die faktische große Koalition im Vermittlungsausschuss alles Grün ausmerzte.

Beispiel Flugverkehr: Seit Jahrzehnten bekennen sich Politiker aller Couleur zur Bahn. Ebenso lange währt die steuerliche Benachteiligung der Schiene gegenüber dem Luftraum. Bis heute bezahlt die Bahn im Fernverkehr nicht nur Mineralölsteuer, sondern auch den vollen Mehrwertsteuersatz. Für ein Bahn-Ticket zweiter Klasse von Freiburg nach Berlin und zurück werden allein 35 € Mehrwertsteuer fällig. Von Freiburgs internationalem Flughafen Basel-Mulhouse fliegt man hingegen steuerfrei nach Berlin. Bedingungen, zu denen die Bahn schlechthin nicht konkurrieren kann.

„Die Billigflieger werden der Union ihre Blockadepolitik danken.“

Das Steuervergünstigungsabbaugesetz hätte diesen misslichen Zustand zumindest gelindert. Wie im innerdeutschen Flugverkehr wäre in Zukunft auch bei grenzüberschreitenden Flügen Mehrwertsteuer zu zahlen gewesen – immerhin 500 Millionen € pro Jahr. Die Union hat im Bundesrat diese längst überfällige Korrektur verhindert. Die Billigflieger werden es ihr danken.

Fortsetzung auf Seite 2

Vorstandsgeflüster

Manchmal fallen einem die Worte nicht leicht: *Wir trauern um Annemie Renz.*

Bei der Trauerfeier am 25.4.2003 hat der Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen mit ergreifenden Worten unsere ehemalige Landtagsabgeordnete Annemie Renz gewürdigt. Uns bleiben nur noch die Worte: „Annemie bleibt in unseren Erinnerungen lebendig“.

Es fällt schwer, aber dennoch nimmt der Politikalltag seinen Lauf. Aufgrund der am 14./15.6. in Cottbus stattfindenden Sonder-BDK zum Thema Sozialreformen haben wir die Tagesordnung der nächsten Kreisversammlung geändert. Geplant waren eigentlich der Rechenschafts- und Kassenbericht mit anschließenden Vorstandswahlen. Wir halten es aber für äußerst wichtig, die bei dem Sonderparteitag anstehenden Fragen im Vorfeld ausführlich zu diskutieren. Es ist wahrscheinlich, dass wir bis zum Termin der Kreisversammlung am 22.5. noch keine Vorlagen oder Anträge als Diskussionsgrundlage haben werden. Deshalb haben wir unseren Landesvorsitzenden Andras Braun als Referent zu den Themen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eingeladen. Um der Brisanz und der Bedeutung der geplanten Sozialreformen gerecht zu werden wollen wir ausreichend Zeit zur Diskussion geben und werden an diesem Abend lediglich noch die Delegierten für die LDK in Ehingen vom 27.-29.6. wählen. Für die nächste Kreisversammlung mit Vorstandswahlen haben wir den 25.6. ins Auge gefasst.

Und zum Schluss: Lange geplant und jetzt endlich realisiert. Dies ist die erste Ausgabe des Grünen Rundbriefs, die endlich teilweise mit Mail verschickt werden konnte. Auch hier nochmals die Bitte: Wir sind überzeugt, dass wir noch immer nicht alle Mailadressen von allen Rundbriefempfängern haben. Also bitte schickt ein kurzes Mail an kv.reutlingen@gruene.de und ihr bekommt den nächsten Rundbrief per Mail!

Der Kreisvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Hans Eichel ist kein Grüner

Beispiel Eigenheimzulage: Die bestehende Regelung ist ökologisch grotesk. Während die Städte ausbluten und die Versiegelung des Bodens ein Rekordtempo erreicht, wird der Neubau eines Eigenheims doppelt so hoch gefördert wie der Erwerb eines Altbaus. Im Speckgürtel der Ballungsräume, wo das Bauen billig und flächenfressend ist, macht die Gesamtsubvention eines Neubaus von 20 000 Euro fast schon die halbe Miete aus; in den teuren Städten kann man sich dafür kaum einen Abstellraum kaufen.

„Reform der Eigenheimzulage dringend erforderlich“

Das Steuervergünstigungsabbaugesetz hätte die Gleichstellung von Neubau und Altbau bewirkt, damit einen der stärksten steuerlichen Anreize zur Zersiedelung der Landschaft eingedämpft und nebenbei durch die Bindung der Zulage an Kinder die Familien gestärkt. Dank der christlich-liberalen Blockadepolitik leistet sich der Staat nun weiterhin eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip, die weder in die Landschaft noch in die staatlichen Haushalte passt.

In der Debatte über das Steuervergünstigungsabbaugesetz haben diese ökologischen Argumente keine Rolle gespielt. Das war kein Zufall, aber ein Fehler. Die Strategie, den ökologischen Umbau des Steuersystems nach Art eines trojanischen Pferdes unbemerkt in das Sparpaket einzuschmuggeln, ist nicht aufgegangen. Vor einem halben Jahr schien dies noch erfolgversprechend. Dank des Spardrucks waren plötzlich ökologische Reformen des Steuersystems möglich, die der Kanzler in der ersten rot-grünen Regierungszeit abblockte.

Heute zeigt sich, dass der Verzicht auf eine prononciert ökologi-

sche Begründung der Steuergesetze jene fiskalische Perspektivenverengung in der Debatte begünstigt hat, die am Ende alle ökologischen Elemente des Steuerpakets tilgte. Statt über die Umwelt diskutierte alle Welt nur noch über Steuererhöhungen – mit dem bekannten und keineswegs überraschenden Ergebnis. Hans Eichel ist kein Grüner, Roland Koch und Peer Steinbrück haben sich als ökologisch blinde Vermittler erwiesen.

Da Politiker nicht dazu neigen, auf die rechte auch noch die linke Wange hinzuhalten, droht nach dem Ableben des Steuervergünstigungsabbaugesetzes schlimmstenfalls das Ende der ökologischen Reformen im Steuerrecht. Denn die wesentlichen Elemente des Kapitels zur "ökologischen Finanzreform" des Koalitionsvertrags sind mit dem Nein des Bundesrats blockiert. Damit gibt es für die 2003 auslaufende ökologische Steuerreform kein konkretes Nachfolgeprojekt mehr.

„Es wird vom Mut der Grünen abhängen, ob die Koalition nun einen neuen Vorstoß mit klarer ökologischer Zielsetzung wagt.“

Für die Mehrwertsteuer im Flugverkehr und eine Reform der Eigenheimzulage sollten sofort neue Gesetzentwürfe in den Bundestag eingebracht werden. Zu begründen wären diese nicht mehr mit dem allgemeinen Sparzwang, sondern schlicht durch ihre sachliche Richtigkeit.

Nach dem Ende der kriegsbedingten Achterbahnfahrt bei den Rohölpreisen ist die Zeit reif für eine neue Debatte über die "Ökosteuer". Für die Umwelt war sie ein Erfolg. Seit der Zündung der ersten Stufe im Jahr 1999 verzeichnen die Statistiker eine bemerkenswerte Trendwende: Der Straßenverkehr schrumpft, statt weiter zu wachsen,

und mit ihm die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen. Die Untergangsvisionen der Gegner sind hingegen nirgendwo Wirklichkeit geworden. Die Industrie wandert gewiss nicht wegen der Energiepreise aus.

Auf das erprobte Rezept lässt sich aufbauen. Eine maßvolle Verteuerung der Energie bleibt unabdingbar. Sprit ist immer noch so billig, dass die Dreiliterautos Lupo und A2 ohne Nachfolgemodelle auslaufen. Fraglich ist allerdings die Verwendung der Ökosteuer-Einnahmen für die Rentenkasse, ein Fass ohne Boden. Besser wäre eine Senkung direkter Steuern und ein Schub für ökologische Aufbauprojekte, etwa ein Sanierungsprogramm für Altlasten unter städtischen Brachflächen.

Neben dem Instrument der Energiebesteuerung sind auch neue Elemente zu etablieren. Die Entfernungspauschale ist eine der wirksamsten steuerlichen Subventionen der Umweltzerstörung. Sie sollte schrittweise von derzeit rund 40 Cent je Kilometer auf höchstens die Hälfte abgeschmolzen werden. Eine Umgestaltung der Grundsteuer zu einer Flächennutzungssteuer, in der Höhe orientiert am Grad der Zerstörung der Bodenfunktionen, wäre ebenfalls ein probates Mittel, mit Steuern im Sinne der Umwelt zu steuern.

Weiter aufschieben sollte man derartige Reformen nicht. Angesichts durchweg negativer Entwicklung der globalen Umweltindikatoren ist der ökologische Umbau der Industriegesellschaften die einzige Chance, wirtschaftlichen Wohlstand dauerhaft mit den Grenzen des Wachstums zu vereinbaren. In einer Marktwirtschaft ist das ohne eine ökologische Definition der steuerlichen Rahmenbedingungen nicht denkbar.

*Boris Palmer
Landtagsabgeordneter*

Wir trauern um

Annemie Renz

*Als engagierte Streiterin für grüne Politik mit Herz,
als Mensch mit Zuversicht
und großer persönlicher Ausstrahlung
bleibt sie in unserer Erinnerung lebendig.*

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Reutlingen**

Annemie bleibt in unserer Erinnerung lebendig

Auch wenn wir aufgrund ihrer Krankheit damit rechnen mussten, kam der Tod von Annemie doch unerwartet und hat uns erschüttert.

Lange Zeit war Annemie eine zentrale Streiterin für grüne Politik in Reutlingen – als Kreisrätin (1984-1989), als Gemeinderätin (1989-1997) und danach als Landtagsabgeordnete (1996 – 2001). Sie prägte die Geschichte des Kreisverbandes, wie nicht viele andere.

Nach ihrem Eintritt 1983 waren Annemie's politische Schwerpunkte als Dipl.-Sozialarbeiterin zunächst die Sozial- und Frauenpolitik. Durch ihre Mandate und der Breite der Themen wurde sie schnell zur politischen Generalistin. Kaum mit einem Traumergebnis in den Landtag gewählt, wurde bei ihr die erste Krebserkrankung diagnostiziert und dennoch widmete sich Annemie mit bekanntem Engagement ihrer Aufgabe als gesundheitspolitische Sprecherin, in der Enquete-Kommission Jugend, Arbeit, Zukunft und beim Strafvollzug.

Vor Ablauf der Wahlperiode informierte uns Annemie, dass sie nicht mehr kandidieren werde – der Kampf gegen ihre Erkrankung benötigte all ihre Kraft. Aus persönlichen und politischen Gründen ist Annemie 2001 leider ausgetreten, wir haben dies immer bedauert.

Annemie war als Politikerin und Mensch authentisch, beliebt und geschätzt nicht nur bei den eigenen Anhängern, sondern auch quer durch alle anderen Parteien. Sie glaubte an die Veränderbarkeit der Welt und engagierte sich immer für all diejenigen, die es am Nötigsten hatten. Sie konnte streiten und war ebenso konsensfähig.

Aber vor allem war Annemie zutiefst optimistisch, lebenslustig und strahlte dies auch aus. Durch ihre Stärke, Zuversicht und Kraft trotzte sie lange Jahre ihrer Krankheit – heute bleiben uns nur die Worte: "Sie bleibt in unserer Erinnerung lebendig".

Liebe Annemie,

in Gedanken habe ich Dir schon viele Briefe geschrieben. Es blieb immer bei den Gedanken, teils aus Zeitnot, teils aus Überarbeitung, teils aus Müdigkeit. Nun kannst Du den Brief nicht mehr bekommen und trotzdem: Er muß geschrieben werden!

Er muß geschrieben werden, weil ich es einfach einmal sagen muß, was Du für mich bedeutest! Meine erste Begegnung mit Dir war Bewunderung. Ich lernte in Dir einen Menschen kennen, der klein und bescheiden, aber mit einer ungeheuren Ausstrahlung die Dinge in Angriff nahm. 1984, ich war gerade seit einigen Monaten neues Mitglied, kamst Du zu mir in die Trödelstube. „Ich brauche ein schönes Kleid, wenn ich das erste Mal im Kreistag auftrete!“ So Dein Wunsch. Und wir haben ein schönes altes schwarzes Kleid für Dich gefunden, das Dir paßte, als wäre es für Dich gemacht. Und wie gut hast Du ausgesehen! Deine gute Figur, Deine blonden Haare und Dein Fröhlichkeit ausstrahlendes Gesicht.

Die nächste beeindruckende Begegnung mit Dir war ein Themenabend bei unserem Ortsverband. Ich habe nie mehr so ein gutes Referat über den Paragraphen 218 gehört, wie das von Dir. Da ereiferte sich keine Frauenrechtlerin, sondern da sprach eine Frau und Mutter über die Rechte der Frau, und in Deinem Vortrag

klangen immer wieder Deine Erfahrungen durch, die Dich zu dem von Dir vertretenen Standpunkt brachten.

So war es auch kein Wunder, daß bei Deiner Wahlkampföffnung zum Landtag viele Frauen kamen, die nur Dir zuliebe grün wählen würden. Es war ein richtiger Festabend! So, wie es einfach zu Dir gepaßt hat. Ohne große Reden, dafür mit viel Gefühl und Sinn für das Machbare.

Einmal waren wir zusammen auf dem Weg zu einer Landesversammlung. Ich hatte Dir von meiner Erinnerungsreise nach Prag erzählt und erfuhr erstmals, daß Deine ursprünglichen Wurzeln ganz in der Nähe meiner Sehnsüchte lagen. „Glaubst Du an Gott?“ hast Du mich gefragt. Um dann dazu zu sagen: „Ich habe da so manchmal meine Zweifel, wenn ich sehe, was alles so in der Welt an Unrecht geschieht.“ Diese Zweifel müssten jetzt auch mich befallen, wenn ich mit Gott hadere, daß er Dich so ohne Abschied genommen hat.

Aber: „Kein Leben, kein Sterben ist ohne Sinn!“ Möge Dein Sterben viele dazu bringen, mehr darüber nachzudenken, wie notwendig es ist, für seine Mitmenschen da zu sein, so, wie Du es immer warst.

Einmal hast Du mir geschrieben: „Deine Kerzen wärmen mich immer noch!“ Mich wärmt die Erinnerung an einen großartigen Menschen, der immer in unseren Herzen bleiben wird.

Irmgard Zecher

Der Kreisvorstand

Sonder-BDK in Cottbus

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie ihr alle der Presse entnehmen könntet, wird es am 14./15.6. eine Sonder-BDK zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Cottbus geben. Aufgrund dieses aktuellen Anlasses haben wir die Vorstandswahlen verschoben und werden uns dafür mit viel Zeit diesem aktuellen und wichtigen Thema widmen. Besonders freut es uns, dass wir unseren Landesvorsitzenden **Andreas Braun** für diesen Abend als Gast gewinnen konnten, der uns für Fragen zur Verfügung steht.

Die Zukunft des Sozialstaates wird innerhalb unserer Partei ebenso breit diskutiert wie in der Bevölkerung insgesamt: Wie können wir unserer Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen gerecht werden und gleichzeitig die soziale Sicherheit der gegenwärtigen Generation gewährleisten? Wie können wir den bundesdeutschen Sozialstaat unter schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen erhalten und weiterentwickeln? Die Grünen stehen in der politischen Verantwortung für den Kurs der sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Reformen mit dem Ziel, dass die grünen Ideen des Grundsatzprogramms die Ausgestaltung der notwendigen Reformen mit prägen werden.

Unzufriedenheit über verschiedene Details der Reformpläne sind in der Bevölkerung, aber auch innerhalb unserer Partei zu hören. Der Bundesvorstand hat daher dem Verlangen einer erheblichen Zahl von Kreisverbänden entsprochen und eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz mit den Schwerpunktthemen Arbeitsmarktpolitik sowie Renten- und Gesundheitspolitik beschlossen. Der Termin stellt sicher, dass die Ergebnisse in die Beratungen und Beschlussfassungen des Bundestages einfließen können, da die letzten beiden Sitzungswochen vor der Sommerpause ab dem 23. Juni stattfinden.

Wir Kreisgrünen haben diese Themen schon bei der letzten KV andiskutiert und wollen dies jetzt mit sachkundiger Unterstützung von Andreas Braun fortsetzen. Wir hoffen auf eine interessante Diskussion und auf euren zahlreichen Besuch.

Beate Müller-Gemmeke

Einladung zur Kreisversammlung mit Andreas Braun

am Donnerstag, den 22. Mai 2003,
20 Uhr, Uhlandhöhe,
Reutlingen

Tagesordnung:

- TOP 1: LDK in Ehingen/Donau vom 27.-29.6.2003
Neuwahl des Landesvorstands und aller sonstigen Parteigremien;
Nominierung der EuropakandidatInnen
- TOP 2: Wahl der Delegierten für die LDK Ehingen
- TOP 3: Sonder-BDK in Cottbus am 14.-15.6.2003
Thema: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Mit Andreas Braun (Landesvorsitzender)
- TOP 4: Wahl der Delegierten für die Sonder-BDK
in Cottbus
- TOP 5: Berichte aus den Ortsverbänden
und Gremien
- TOP 6: Sonstiges

Anzeige

HANFHAUS



Sommerhanf - Freizeithosen

in natur, schwarz, khaki und ziegelrot.
Und vieles mehr zum Sommer.

HanfHaus Reutlingen

Weingärtner Straße 27 Fon 07121-33 92 23

Besser als der alte und doch verbesserungsbedürftig:

der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans des "Verkehrs"ministeriums

Es gibt wohl kaum einen Plan in der Republik, auf den so viele so lange warten mussten, bei dem so viele mitreden und entscheiden, und der ein solch gewaltiges Investitionsvolumen hat, wie der Bundesverkehrswegeplan (BVWP). In diesem gigantischen Planwerk kündigt der Bund alle Projekte (über 1600!) zum Ausbau oder Neubau der Verkehrsinfrastruktur langfristig an: Straße, Schiene und Wasserstraße. An der Fortschreibung des Planes scheiterte 1997 schon die letzte Kohl-Regierung. Auch Rotgrün brauchte vier Jahre länger als ursprünglich gedacht, um den Entwurf (!) des Ministeriums zur Diskussion stellen zu können.

Der alte BVWP (1992 –2012) war total überbezogen und katastrophal unterfinanziert: zu viele Versprechungen und zu viele Baustellen ohne realistische Finanzierung. Die Daten (Verkehrszählungen, Kosten) waren z.T. erheblich überholt. Ökologische Kriterien, Netz betrachtungen der Wirkung von Projekten fehlten, und die Pläne waren vor allem Straßen-Neubaupläne. Das zu ändern war ein schwieriges Unterfangen, weil der neue Plan auch die Abwicklung der "Altlasten" (alle planfestgestellten Maßnahmen bis 31.12.99) nach den alten Regeln sowie die Planung neuer Projekte nach neuen Regeln integrieren musste.

Während mit den "Altlasten" für die Grünen schwere Kröten zu schlucken waren, konnten wir bei der Neuplanung und beim Entwurf **insgesamt deutlich grüne Akzente setzen:**

- mit einer neuen Umweltrisikoeinschätzung, die zur Umplanung oder zum Aus zahlreicher Projekte führt
- mit der Gleichstellung von Straßen- und Schieneninvestitionen (je ca. 77 Milliarden

Euro sowie 7 Milliarden Euro für Wasserstraßen)

- mit dem Prinzip der ehrlichen Finanzplanung (insgesamt rund 160 Milliarden Euro in 15 Jahren, ohne Luftnummern!)
- und dem Vorrang des Ausbaus vor Neubau (60% zu 40%).

Der Bund musste sehr viele Wünsche der Länder, insbesondere aus Baden-Württemberg, wo die maßlose Landesregierung mehr als das Doppelte des Realisierbaren für den "vordringlichen Bedarf" angemeldet hatte, abweisen oder in den "weiteren Bedarf" für die Zeit nach 2015 oder für den Sankt Nimmerleinstag verschieben.

Wir Grünen versuchten mit ökologischem und verkehrspolitischem Sachverstand und guter Unterstützung unserer Leute vor Ort schon auf den Entwurf des Ministeriums Einfluss zu nehmen, was uns sowohl bei einigen Großprojekten des Bundes (z.B. Stopp des Elbe- und Donauausbaus), wie auch bei den Länderlisten gelungen ist. Während von den über 200 Strassenwünschen des Landes mehr als die Hälfte abgelehnt werden musste, konnte der Bund alle neun **Schieneverkehrsprojekte** des Landes in den vordringlichen Bedarf setzen. Demnach wird der Ausbau der Rheinstrecke auf vier Gleise von Frankfurt bis zur Schweiz ebenso kommen, wie die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm. Fest geplant sind auch diverse Ausbaumaßnahmen in Oberschwaben und am Bodensee.

Für die Region Neckar-Alb enthält der Plan einige, auch aus grüner Sicht wichtige Straßenprojekte:

- die Fertigstellung der B 28 Ortsumfahrung bei Metzingen
- den Ausbau der B 27 zwischen Bodelshausen und Tübingen

mit der teuren Tunnel-Umfahrung von Tübingen.

Weniger erfreulich für viele alte StraßenbaugegnerInnen sind "Altprojekte" wie der Scheibengipfel-Tunnel in Rt oder die B 28 neu durchs Neckartal. Da vom Land und der Region mehrheitlich gewünscht, hat das Bundesministerium diese Projekte entgegen grünem Rat in den vordringlichen Bedarf aufgenommen.

Sehr erfreulich dagegen ist das Aus für das ökologisch verheerende Alaufstiegsprojekt B 312 sowie den Aus- bzw. Neubau der B 28 alt/296 neu von Tü nach Herrenberg.

Kaum nach zu vollziehen ist dagegen, warum z.B. einige Ortsumfahrungen der B 312 auf der schwäbischen Alb überraschend vom weiteren in den vordringlichen gekommen sind, obwohl es zahllose Fälle gibt, mit deutlich mehr Durchfahrtsverkehr.

Der Entwurf des BM für Verkehr steht bis Frühsommer zur Anhörung bzw. Kritik der anderen Ministerien und der Länder. Vor der Sommerpause soll der Kabinettsbeschluss folgen. Danach beginnt das parlamentarische Verfahren. Der Bundestag und danach der Bundesrat werden das Planwerk vermutlich Anfang 2004 beschließen. Gebaut und finanziert werden die Maßnahmen aber erst in den folgenden Jahren. Es bleibt also noch Zeit auf die Pläne des Bundes Einfluss zu nehmen. Das gilt für alle Seiten.

Wir Grünen sollten nach den ersten Erfolgen nicht die Hände in den Schoß legen und hoffen (oder bangen), dass es so wie im Entwurf angekündigt auch kommt.

Winfried Hermann
Bundestagsabgeordneter

Kontakte

Adressen Telefonnummern

Grünes Büro

Bündnis90/Die Grünen - KV Reutlingen
Wilhelmstraße 89
72764 Reutlingen
Öffnungszeiten: Dienstags - Donnerstags von 9 - 11
Uhr außerhalb der Schulferien und nach Vereinbarung
☎ 07121/ 37 26 77
Fax: 0712/ 37 26 78
E-Mail: kv.reutlingen@gruene.de
Internet: www.gruene.de/reutlingen
Kreisgeschäftsführerin: Hanne Krönke
Verkehrsverbindung: 5 min zu Fuß vom HBF und vom
ZOB, RSV Linie 1 und 2

Kreisvorstand

Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn, ☎ 07125/ 47 84
E-Mail: shk72574@aol.de
Marcellus Kolompar ☎ 07121/ 47 80 37
E-Mail: marcellus.kolompar@t-online.de
Beate Müller-Gemmeke ☎ 07127/ 7 16 19
E-Mail: B.Mueller-Gemmeke@gruene.de
Harry Pokk ☎ 07121/ 79289
E-Mail: harry.pokk@t-online.de
Stephanie Steuckardt ☎ 07121/ 5 7 78 45
E-Mail: diskussion@web.de

Vorstand OV Reutlingen

Peter Wagner ☎ 07121/ 21 06 51

Vorstand OV Metzingen

Markus Rösner ☎ 07123/ 6375
E-Mail: markus-roesner@web.de

Vorstand OV Bad Urach

Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn ☎ 07125/ 47 84
E-Mail: shk72574@aol.de

Vorstand OV Münsingen

Markus Mörike ☎ 07381/ 6 95 44
E-Mail: kv.reutlingen@gruene.de

Landtagsabgeordneter

Boris Palmer ☎ 0711/ 20 63 - 691
E-Mail: boris.palmer@gruene.de

Bundestagsabgeordneter

Winfried Hermann ☎ 07071 252 757
E-Mail: winfried.hermann@wk.bundestag.de

Impressum

Herausgeber: Bündnis90/Die Grünen
KV Reutlingen, Wilhelmstraße 89, 72764 Reutlingen
☎ 07121/ 37 26 77
Fax: 0712/ 37 26 78
Auflage: erscheint 6 Mal/Jahr
V.i.S.d.P.: Kreisvorstand des Kreisverbandes
Reutlingen von Bündnis 90/ Die Grünen
Redaktion: Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht,
Belegexemplare bitte an Redaktion
Bankverbindung: Konto-Nr. 44891, BLZ 640 500 00
KSK Reutlingen

Nachschlag zur OB-Wahl

Manfred Renz war ein kompetenter grüner Kandidat

Diesen Grünen Rundbrief wollen wir auch nochmals nutzen, um uns bei Manfred Renz für seinen engagierten Wahlkampf zu bedanken. Wir gratulieren Manfred Renz auch zum bislang besten Ergebnis eines grünen Kandidaten in Reutlingen.

Sein Auftreten im Wahlkampf wurde allseits als kompetent, inhaltsstark und vor allem als ehrlich beschrieben. Die Interessen grüner Politik in den Bereichen Ökologie, Verkehr, Soziales, aber auch insbesondere in der Wirtschaftsförderung wurden von Manfred Renz authentisch vertreten. Die Wahlkampfzeit und die alternative Programmatik von Manfred Renz haben die Unzufriedenheit, die Fehlentscheidungen sowie die Schuldenpolitik in Reutlingen sehr deutlich werden lassen. Wir haben bedauert, dass genau diese grüne Akzentuierung nach dem Rückzug von Manfred Renz im zweiten Wahlgang verloren ging.

Trotz hohem Ansehen und guter Presse ist es ihm leider nicht gelungen, die schnell entstandene Polarisierung zu durchbrechen. Wir meinen, das Ergebnis lag unter dem angemessenen, der Medien- und Finanzaufwand der anderen KandidatInnen hat einfach Wirkung gezeigt. Dennoch hat sich der Wahlkampfaufwand für uns Grüne gelohnt – Manfred Renz hat uns als sehr guter Kandidat eine gute Ausgangslage für die nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahlen beschert.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch Frau Bosch zu ihrem sehr guten Wahlergebnis gratulieren, wünschen ihr einen guten Start in Reutlingen und viel Glück bei den vielen anstehenden Aufgaben. Wir hoffen, dass durch den Wechsel in Reutlingen auch endlich ökologische, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeiten in grünem Sinne in der Reutlinger Kommunalpolitik Gehör finden.

Beate Müller-Gemmeke

ALAN *thema*WOHNEN GMBH

HOFFMANNSTRASSE 12 • 72770 REUTLINGEN-BEIZINGEN
FON: 0 71 21/95 56-0 • FAX: 0 71 21/95 56-56

- Laden
- Schreinerei
- Restaurierungen

ökologisch
bauen
einrichten
renovieren

ALAN
BETRIEBE IM SELBSTVERWALTUNG

Politische Bildung einmal anders

Nach den anstrengenden Wahlkämpfen der letzten Monate haben wir uns das alle verdient: auf Einladung von Winfried Hermann nahmen mein Mann Jürgen und ich zusammen mit Beate, Stefanie, Sabrina und Marcellus aus dem Kreisvorstand vom 19. - 23. Februar an einer "Reise für politisch Interessierte nach Berlin" teil. Mit dabei waren auch Thomas Felder und Bettina Zeul, die bei unserer Auftaktveranstaltung letzten Juni diese Reise gewannen. Marcellus' Tochter Lara waren auch mit von der Partie.

Trotz miesem Wetter, ein bisschen Stress und nur ganz wenig Chaos hatten wir ein paar unvergessliche, lehr- und erlebnisreiche Tage in Berlin.

Mittwoch, Tag der Anreise:

Jürgen und ich standen in der Reutlinger Bahnhofshalle. Kurz vor 9.00 Uhr: keiner zu sehen. Hatte ich die falsche Zeit aufgeschrieben? Oder kommen die Anderen mal wieder auf den letzten Drücker? Da öffnete sich die Tür und sie die fielen in die Halle ein. In Stuttgart kam der Rest, wir waren ca. 50 Personen. Nach gut 5 Stunden Fahrt kamen wir in Berlin an. Auf der Busfahrt zum Hotel in Lichtenberg bekamen wir schon mal einen ersten Eindruck von Berlin. Im Hotel gabs (endlich) was zu essen. Satt und zufrieden gingen die meisten in ihre Zimmer, ganz Unermüdliche auf Tour.

Donnerstag, erster Tag

Um 7.45 Uhr ging es mit dem Bus zum Reichstagsgebäude, in dem ja bekanntlich der Deutsche Bundestag „untergebracht“ ist. Hier durften wir im Plenarsaal den Bundestag eine Stunde lang „live“ erleben. Wir hatten das Glück, bei einer spannenden Debatte dabei zu sein. Außer der FDP waren sich alle (!) Fraktionen einmal einig: das weltweite Verbot des Klonens sollte sich nicht nur auf das reproduktive Klonen beziehen, sondern auch auf das therapeutische.

Nun ging's zur Diskussion mit Winne Hermann. Themen waren die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten, der Irakkrieg und Umweltpolitik. Abschließend noch auf die Reichstagskuppel - ein MUSS für jeden Berlinbesucher.

Nach dem Essen stand ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am Alexanderplatz auf dem Programm.

Danach wurde es weniger politisch. Wir besuchten das Filmmuseum. Hier gab es Information satt zur Geschichte des Films, von uralten Filmausschnitten bis zu den neuen Filmen war alles zu bewundern.

Auch an diesem Abend zog es nach dem Abendessen wieder ein paar von unserer Gruppe ins nächtliche Berlin. In Kreuzberg wurde überprüft, ob die Nächte dort tatsächlich lang sind.

Freitag, zweiter Tag

Am Vormittag gab es eine Stadtrundfahrt orientiert an politischen Gesichtspunkten. Wir sahen: Botschaftsgebäude, Museen, Kirchen, Reste der Berliner Mauer, Siegessäule, alte Brücken, neue und alte Bahnhöfe, Plattenbauten, 1000 Baukräne und und und....

Abendplanung beim Mittagessen: Marcellus, bewaffnet mit Stadtplan und Brille, versuchte alles unter einen Hut zu bringen. Danach stand fest: Abends war für die meisten Kultur angesagt: 2 wollten in die Philharmonie, 6 ins politische Kabarett "Distel", 2 ins Bett.

Nach einem Infogespräch des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft im Bundespresseamt stand ein Besuch im Jüdischen Museum auf dem Programm. Hierfür ein Attribut zu finden ist schwer. Es war überwältigend. Dem Jüdischen Volk wurde schon im Mittelalter die Schuld an der Pest, an Missernten und vielem mehr zugeschrieben. Es wurde vertrieben, verfolgt, ermordet. Der furchtbare Höhepunkt wird aber vom Nazi-Regime er-

reicht. Dokumente zeigen die „Judenetze“, die an Unmenschlichkeit nicht zu überbieten sind. Am traurigsten machten mich die vielen originalen Briefe, die aus Konzentrationslagern geschmuggelt wurden und die ganze Hoffnungslosigkeit ausdrückten. Am Ende steht nur – warum.

In der Distel gab es „den Krieg der Gartenzwerge“. Langsam verschwand das Erschrecken und die Traurigkeit. Beate blieb manchmal das Lachen im Halse stecken. Ich fand zum brüllen.

Danach in die Kneipe. Aber wo? Jetzt wurde es chaotisch: falsche Richtung mit der U/S-Bahn, nicht entwertete Fahrscheine, ein Fahrschein zu wenig und doch, irgendwie ans Ziel. Hier merkten wir, dass uns die Deutsche Geschichte doch nicht losgelassen hatte. Eine heftige Diskussion brach aus. Könnte sich die Geschichte des Dritten Reiches wiederholen? Sind wir alle manipulierbar? Hier gingen die Meinungen weit auseinander. Es war ein interessanter Abend.

Samstag, letzter Tag

Besuch in der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen, ehemalige Zentrale Untersuchungsanstalt der Stasi. Wir waren zu früh, oder unsere Führer zu spät, machte aber nichts. Die Führung entschädigte uns für das Warten.

Unsere beiden Führer waren selbst ehemalige Häftlinge der Stasi. Ihre authentischen Berichte, die Führung durch das Gefängnis, die Folterwerkzeuge, die psychologisch ausgefeilten Verhörmethoden, die Geheimhaltung des eigentlichen Zwecks der Anstalt, alles war kaum zu glauben. Mit diesen Gedanken ging's direkt zum Bahnhof.

Zum Schluss kann ich nur sagen: Berlin war spitze, wir kommen wieder!

Hanne Krönke

Übrigens: Jeder Bundestagsabgeordnete erhält ein- bis zweimal im Jahr die Möglichkeit, politisch Interessierte zu einer politischen Bildungsreise einzuladen. Jede/r kann sich anmelden. Infos gibt es im Grünen Büro oder direkt in Winne Hermanns Wahlkreisbüro in Tübingen.

Kurz und bündig - aus der Bundestagsfraktion:

Sozialpolitik: Klares Votum

Sowohl wir als Grüne als auch die Bundesregierung lehnen die Abschaffung der Steuerergünstigungen für Schichtarbeiter ab. Es darf keine Bestrafung für Leistungsträger der deutschen Wirtschaft geben. Schichtarbeit ist meistens harte Arbeit, die etwa im sozialen Bereich für die ganze Gesellschaft geleistet wird. Die steuerfreien Zuschläge müssen hier deshalb als Anreiz gesehen werden, im Sonntags-, Feiertags- und Nachtdienst zu arbeiten. Menschen die großen Anteil an der Produktivität dieses Landes haben, dürfen nicht schlechter gestellt werden.

Ministerpräsident Peer Steinbrück ist gut beraten, statt an die Steuerergünstigungen für Schichtarbeiter zu gehen, die Kohlesubventionen deutlich in Frage zu stellen. Bevor man sinnvolle Vergünstigungen kippt, muss man wirtschaftlich unsinnige Subventionsgräber endlich schließen.

Konsequent handeln – Wehrpflicht aussetzen

Die derzeitige Debatte um die Absenkung der Wehrdienstdauer greift zu kurz. Wir müssen das Thema Wehrpflicht mutig und konsequent zu Ende denken. Debatten über die Dauer oder die Modalitäten im regelmäßigen Monatsrhythmus bringen uns nicht weiter. Die Wehrpflicht muss ausgesetzt werden. Wir lehnen die Wehrpflicht als Relikt aus dem Kalten Krieg klar und entschieden ab. Der Zwangsdienst entspricht weder unserem gesellschaftlichen Bild noch bringt sie einen militärischen Nutzen – dafür verursacht sie jedoch unverhältnismäßige Kosten. Die veränderten Einberufungsrichtlinien bestätigen die Forderung nach Aussetzung der Wehrpflicht eindrucklich. Die Modernisierung der Bundeswehr darf sich nicht auf das Material beschränken, sondern muss auch Strukturen und verkrustete Denkweisen umfassen.

Neue Krankenpflegeausbildung setzt ein Zeichen

Das Mauerblümchendasein der Pflegekräfte im deutschen Gesundheitswesen muss ein Ende haben. Daher wurde mit der Novelisierung der Krankenpflegeausbildung ein wichtiger Schritt getan, um die Pflegeberufe aufzuwerten und ihre Attraktivität zu steigern. Für über 600.000 Beschäftigte in der Krankenpflege ist das ein klares Signal, dass die zentrale Rolle der Pflege für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zunehmend anerkannt wird.

Auf dem Weg zu einem einheitlichen Berufsbild Pflege sind wir ebenfalls weitergekommen. Eine Modellklausel erlaubt die Erprobung integrierter Ausbildungsmodelle für Alten- und Krankenpflege. Erste Modellprojekte sind schon auf den Weg gebracht. Das neue Gesetz über die Berufe in der Krankenpflege enthält aus Sicht der Pflege eine Reihe von Verbesserungen. Insbesondere ist zu begrüßen, dass die Beschreibung des Ausbildungsziels von einem ganzheitlichen Pflegeverständnis ausgeht. Prävention und Gesundheitsförderung sind ausdrücklicher Bestandteil dieses Ausbildungsziels. Ein klar abgegrenzter eigenverantwortlicher Aufgabenbereich beschreibt zudem, welche Bereiche zur Kernkompetenz professioneller Pflegekräfte gehören. Damit wird deutlich, dass Pflegekräfte viel mehr sind als nur der verlängerte Arm des Arztes.

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift
Anschriftenberechtigungskarte senden an
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN,
Wilhelmstraße 89, 72764 Reutlingen

Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt
72764 Reutlingen

Gemeinsam stark sein

Joschka Fischer hat sich erneut für eine EU-weite Außen- und Sicherheitspolitik ausgesprochen. Angesichts von Bedrohungen durch den Terrorismus und nach den Erfahrungen des Irak-Krieges sei dies eine „Anstrengung, die wir unternehmen müssen“, sagte der grüne Bundesaußenminister auf der Insel Rhodos.

Fischer unterstützte damit eine entsprechende Initiative des griechischen EU-Ratspräsidenten Georgios Papandreou. Dieser hatte auf einem Treffen der EU-Außenminister auf Rhodos den Irak-Krieg einen Wendepunkt für Europa genannt, der „positiv genutzt“ werden müsse.

Nach Angaben Fischers sind sich die EU-Außenminister darin einig, dass zunächst der Nahe Osten befriedet werden muss. Die Reformen der palästinensischen Autonomiebehörde seien „auf Grundlage europäischer Anstrengungen möglich geworden“, so der grüne Bundesaußenminister. Durch die engen Beziehungen zu den Staaten rund um das Mittelmeer und durch zahlreiche Abkommen verfüge die EU bereits über einen „wohl gefüllten Instrumentenkoffer“ für eine Friedensinitiative.

Die EU-Staaten wollten außerdem gemeinsame Positionen zur Rolle der Vereinten Nationen im Nachkriegs-Irak erarbeiten, sagte Fischer. Zu den drängenden Problemen gehöre die Zukunft der Waffeninspektionsmission UNMOVIC und das im Juni auslaufende Hilfsprogramm „Öl für Lebensmittel“. Die europäischen Regierungen seien sich darin einig, dass eine stabile Entwicklung und ein Demokratisierungsprozess in der gesamten Region notwendig sei.

Termine Kommunal-AK

Wann und wo? Wo und wann?

19.5. bei Christoph
26.5. fällt aus
16.6. bei Christoph
23.6. Grünes Büro
30.6. bei Christoph
7.7. Grünes Büro
14.7. bei Christoph

Außerdem:

12.5. 18 Uhr im Rathaus Reutlingen:
Der BM von Porto-Alegre spricht über
Beteiligungshaushalt;
20 Uhr Diskussion darüber im Nepomuk